

15.07.16 | **Petersburger Dialog**

Das Event, das Deutschlands Putin-Problem offenlegt

Der Petersburger Dialog wurde lange als Treffen von deutschen Russland-Verstehern gesehen. Inzwischen findet dort auch Kritik ihren Platz. Doch Krimkrise oder der Ostukraine-Konflikt sind kein Thema. *Von*

Julia Smimova, St. Petersburg



Foto: AFP

Putin am Donnerstag beim Empfang des US-Außenministers John Kerry in Moskau

Zum Auftakt der Veranstaltung gibt es viel Symbolik. Die Teilnehmer des "Petersburger Dialogs" (Link: <http://www.welt.de/themen/petersburger-dialog/>) fahren eine Stunde mit Bussen raus, zum Piskarjowskoje-Friedhof. Begleitet durch Trauermusik tragen Soldaten einen Kranz mit Bändchen in Farben der deutschen und russischen Fahne zur der bronzenen Mutter-Heimat-Statue. Ronald Pofalla und Wiktor Subkow, die beiden Vorsitzenden des Gesprächsforums, folgen den Soldaten, hinter ihnen gehen Dutzende Männer und Frauen mit roten Nelken in der Hand. Hier am Friedhof sind Einwohner der Stadt begraben, die während der Leningrader Blockade im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen sind. Die Szene soll deutlich machen: nach dem verheerenden Krieg müssen Deutsche und Russen im Gespräch bleiben.

Mehr als 300 deutsche und russische Teilnehmer aus Kultur, Wissenschaft, Politik, Religion, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Bereichen haben sich nach sieben Jahren das erste Mal wieder in St. Petersburg zum Dialog getroffen, dort, wo das Gesprächsforum 2001 gegründet worden war. Die Teilnehmer wollen zwei Tage lang über "Russland und Deutschland im Angesicht globaler Herausforderungen" diskutieren. Das Treffen findet statt, als die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland auf einem Tiefpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges sind. Und darüber, wie man damit umgeht, gibt es in der deutschen Politik keine Einigkeit. Einerseits will man weiter im Gespräch bleiben, andererseits die eigenen Prinzipien nicht aufgeben.

"Sicherheit ist nur mit und nicht gegen Russland möglich"

Diese Ambivalenz spiegelt das Forum in Sankt-Petersburg wieder. In seiner Eröffnungsrede am Donnerstagabend hat Bahn-Vorstandsmitglied Ronald Pofalla sich offen kritisch geäußert (Link: <http://www.welt.de/156941068>). Er sprach die "völkerrechtswidrige" Annexion der Krim und Russlands Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine an und kritisierte die Überfälle auf die Menschenrechtler im Nordkaukasus sowie die Tatsache, dass 130 Nichtregierungsorganisationen in Russland auf der Liste von "ausländischen Agenten" stehen.

Gleichzeitig sprach er lange über die Geschichte, die Russland und Deutschland verbindet. Ohne Michail Gorbatschow sei die deutsche Einheit nie möglich gewesen. Auch der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz ging bei seiner Eröffnung auf die Krim-Annexion und Destabilisierung der Ukraine sowie Recht von Homosexuellen in Russland ein. Der SPD-Politiker erinnerte sich aber auch an Willy Brandt, Helmut Schmidt und Wandel durch Annäherung. "Sicherheit ist nur mit und nicht gegen Russland möglich", so Scholz. Einen neuen Kalten Krieg könne sich niemand leisten.

Die zentrale Frage ist nun, wie man mit Russland nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in der Ostukraine überhaupt noch in den Dialog treten kann. Die Differenzen darüber in Deutschland werden immer größer. Während aus der SPD Stimmen kommen, die einen schrittweise Abbau der Sanktionen fordern, will Bundeskanzlerin Angela Merkel hart bleiben. Ihr zufolge sollen die Sanktionen in Kraft bleiben, bis das Abkommen von Minsk, das den Frieden in der Ostukraine garantieren soll, umgesetzt wird.

Gesprochen wird mit Moskau zwar, und zwar auf höchster Ebene. Am Mittwoch tagte in Brüssel der Nato-Russland-Rat. Am gleichen Tag telefonierte der russische Präsident Wladimir Putin mit der Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten François Hollande über die Lage in der Ostukraine. Und am Donnerstag war der US-Außenminister John Kerry zu Besuch in Moskau, um einen Vorschlag darüber zu machen, wie ein gemeinsames Vorgehen der beiden Länder in Syrien aussehen könnte. Doch die Gespräche führen zu keinen Ergebnissen. Bei der Tagung in Brüssel sind sich die Nato und Russland nicht näher gekommen. "Die Atmosphäre des Treffens war gut, aber wir waren uns nicht einig", sagte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Auch die Umsetzung des Minsker Abkommens kommt trotz so vieler Treffen und Krisengespräche nicht voran.

Kritische Fragen ausgeklammert

In Russland hofft manch einer darauf, dass Moskau eine besondere Nähe zu Deutschland nutzen kann. Der Petersburger Dialog wurde von Gerhard Schröder und Wladimir Putin zu einer Zeit gegründet, als die "spezielle Beziehung" zwischen Deutschen und Russen eine große Rolle spielte. Die russische Seite wurde immer stark von Funktionären dominiert, die deutsche von Wirtschaftsvertretern und Politikern, die traditionell viel Verständnis für die offizielle russische Position hatten. Lange war das Gesprächsforum an Regierungskonsultationen gekoppelt. Noch 2012 sprachen Putin und Merkel mit den Teilnehmern in Moskau.

Doch nach der Krim-Annexion war klar, dass es nicht weiter so gehen kann. Die Regierungskonsultationen finden nicht mehr statt, eine Reform des Petersburger Dialogs wurde angekündigt. Nun wird die deutsche Seite durch den ehemaligen Kanzleramtschef Pofalla geleitet. Er sollte das Forum erneuern. Tatsächlich kamen in diesem Jahr neue Arbeitsgruppen dazu, der Kreis der deutschen Teilnehmer wurde erweitert, sodass mehr kritische Stimmen dazukamen. Am ersten Abend sprach Pofalla selbst Klartext.

Doch in den Arbeitsgruppen gibt es noch viel Reformpotenzial. Auch in diesem Jahr wurden bei der Themenauswahl wirklich kritische Fragen ausgeklammert. In den Arbeitsgruppen Politik und Medien will man zwar über die Flüchtlingskrise sprechen, in der Arbeitsgruppe Kultur über den Wiederaufbau von Palmyra. Die Krim, der Krieg in der Ostukraine stehen nicht prominent auf der Tagesordnung.

Es geht um Erfolgserlebnisse in der Zusammenarbeit und Veränderung

Auf der deutschen Seite gibt es zwei Denkschulen, wie man mit der Situation umgeht. Die einen wollen weiter reden: "Wir müssen aus der Sackgasse der gegenseitigen Vorwürfen rauskommen", sagt Martin Hoffmann vom Deutsch-Russischen Forum, einer Organisation, die im Petersburger Dialog immer noch einen sehr starken Einfluss hat. Es gehe es um "Erfolgerlebnisse der Zusammenarbeit". Diese Sicht wird von den meisten Wirtschaftsberatern unterstützt.

Der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, will dagegen erst Veränderung sehen. "Es gibt bei Teilen der deutschen Öffentlichkeit eine Haltung, dass man so schnell wie möglich die Ukraine vergessen muss, um zu Normalität zurückzukehren. Das können wir weder mit Blick auf die Ukraine noch auf selbst nicht tun", sagt . Er sei skeptisch, was die Dialogbereitschaft der russischen Seite angeht. Schließlich sei sie immer noch stark von der offiziellen Politik und Hardlinern dominiert. Beim Petersburger Dialog gebe es zu wenig Raum für die Zivilgesellschaft, so Fücks.

Immerhin kamen Vertreter der unabhängigen Nichtregierungsorganisationen aus St. Petersburg vor der Eröffnung des Forums ins Tagungshotel zu einem langen Gespräch. Sie machten klar, wo die Probleme liegen. Viele russischen NGOs, die Gelder aus dem Westen bekommen und für den Dialog sorgen, wurden zu ausländischen Agenten erklärt. Darunter ist etwa auch das Hansebüro in der Stadt Kaliningrad. "Sind Sie noch keine ausländischen Agenten?" – diese Frage hängt über dem Kopf von russischen NGOs wie Damoklesschwert.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

JETZT MIT



SPOTIFY KOSTENLOS